

Bericht des Vorstandes

Sitzung des Beirates von und für Menschen mit Behinderung

am 22.11.2017

Dr. Marion Wilhelm LL.M.

Bericht von Veranstaltungen

- ▶ **20.10.2017: Informationsveranstaltung über die Inhalte der Ausstellung „Berlin und die Welt“ und Möglichkeiten der Beteiligung**
 - ▶ 3 Ausstellungsräume zu den Themen:
 - ▶ Mode,
 - ▶ Grenzen,
 - ▶ Migration.
 - ▶ Begleitung als „Critical Friends“
 - ▶ Auftakttreffen zum Thema „Mode“ findet am 30.11.2017, 14-17 Uhr, statt.
 - ▶ das erste Treffen zu „Migration“ am 14.12.2017, 14-17 Uhr.
 - ▶ Zum Thema „Grenzen“ steht noch kein genauer Termin fest; avisiert ist ein erstes Treffen im Januar 2018
 - ▶ Kontakt: V.Kaya@kulturprojekte.berlin oder lorraine@miera-bluche.com

Bericht von Veranstaltungen

- ▶ **13.11.2017: Fachtag: Vorstellung des Entwurfs zum Landesgleichberechtigungsgesetz**
- ▶ Vorstellung des Artikelgesetzes durch Martina Schnellrath, Volkhard Schwarz, Peter von Rymon-Lipinski, SenIAS
- ▶ Anschließend Podiumsdiskussion
 - ▶ Thomas Seerig, behindertenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
 - ▶ Fatoş Topaç, sozialpolitische und pflegepolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus
 - ▶ Christine Braunert-Rümenapf, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung
 - ▶ Berndt Maier, Vorsitzender des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung
 - ▶ Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit und Soziales, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Bericht von Veranstaltungen

- ▶ 13.11.2017: Fachtag: Vorstellung des Entwurfs zum Landesgleichberechtigungsgesetz
- ▶ Rechtliche Grundlage der Behindertenpolitik in Berlin ist das Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG), das am 17. Mai 1999 als erstes Gesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung in Kraft getreten ist.
- ▶ Konkrete Verpflichtungen für den Berliner Senat und die Verwaltungen:
 - ▶ Diskriminierungsverbot, die Barrierefreiheit, die Sicherung der Mobilität von Menschen mit Behinderung, die Anerkennung der Gebärdensprache sowie die Gestaltung barrierefreier Bescheide und Internetauftritte.
 - ▶ Auch die Berufung eines Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, die Bildung eines Landesbeirates für Menschen mit Behinderung sowie die Wahl von Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung basieren auf dem LGBG.

Bericht von Veranstaltungen

- ▶ **13.11.2017: Fachtag: Vorstellung des Entwurfs zum Landesgleichberechtigungsgesetz**
- ▶ Im Koalitionsvertrag 2016-2021 heißt es u.a.:

„Inklusion in allen Lebensbereichen stärken

Die inklusive Gesellschaft ist die Leitidee der Politik der Koalition. Die Koalition legt zur Umsetzung der behindertenpolitischen Leitlinien ein ressortübergreifendes Konzept in Koordination mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung, dem Landesbehindertenbeirat und den Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderung“ vor. Sie **entwickelt das Landesgleichberechtigungsgesetz weiter** und setzt die Ergebnisse des Normenkontrollverfahrens zur UN-Behindertenrechtskonvention um.“

Bereits 2013 hat das Land Berlin eine „Expertise für ein Artikelgesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Berlin“ im Rahmen des Projektes „Monitoring-Stelle Berlin“ beim Dt. Institut für MenschenR in Auftrag gegeben.

Bericht von Veranstaltungen

- ▶ **13.11.2017: Fachtag: Vorstellung des Entwurfs zum Landesgleichberechtigungsgesetz**
- ▶ Zwingend gebotener Abgleich der UN-BRK mit dem LGBG, da
 - ▶ institutionellen Rückhalt für die Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
 - ▶ Partizipation über die Beiräte für Menschen mit Behinderungen
 - ▶ LGBG gibt den rechtlichen Rahmen zur Umsetzung der UN-BRK für die einzelnen einschlägigen Fachgesetze vor

Sitzung FQI

- ▶ Antrittsbesuch in der Sitzung am 14.09.2017
 - ▶ Positive Aufnahme und Angebot der Unterstützung unserer Arbeit

Bei der letzten Sitzung am 09.11.2017 war ich wegen einer Fortbildungsveranstaltung verhindert.

Seit Anfang September hat die erste bezirkliche Beauftragte in Berlin für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus, Frau Svetlana Linberg, ihre Tätigkeit aufgenommen.